

**LTWP-4-344**

# **Programmantrag**

**Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen**

**Initiator\*innen:** Michael Licher (KV Trier)

**Verfahrensvorschlag:** <span class="accepted">Übernahme</span>

**Titel:** **LTWP-4-344: ENTWURF  
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 4 -  
Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten**

## **Antragstext**

### **Von Zeile 343 bis 346:**

Betreiber:innen schützen wirkritische Infrastrukturen und stärken die Cybersicherheit. Für eine effektivere Bekämpfung hybrider Bedrohungen wollen wir etablieren ein leistungsfähiges System zur Detektion, Verifikation und Intervention unbemannter Luftfahrtssystemen (Drohnen) durch spezialisierte Kompetenzzentren, moderne Systeme und qualifiziertes Personal. Mit klaren Rechtsgrundlagen und abgestuften Interventionskonzepten gewährleisten wir die Drohnenabwehr ermöglichen in Abstimmung mit anderen BOS einen effektiven Schutz vor hybriden und sonstigen Bedrohungen. Die Umwelt und damit auch die Gesundheit von Menschen wollen wir durch eine verstärkte Bekämpfung von Umweltkriminalität noch

## **Begründung**

Die Gefahren durch Drohnenüberflüge sind in RLP real und müssen sich nicht

ausschließlich auf Spionageversuche beschränken. Jüngste Beispiele zeigen, dass auch Gefahren für den Luftverkehr und damit verbundene Einschränkungen bestehen, die im Sinne hybrider Kriegsführung weiter zur beabsichtigten Verunsicherung der Bevölkerung und Destabilisierung des Vertrauens in die staatlichen Strukturen beitragen. Für eine effektive Drohnenabwehr müssen wir uns daher nicht nur rechtlich, sondern auch technisch in die Lage versetzen, Landungen von Drohnen auch mit Zwang durchzusetzen. Dabei müssen sich Gefahren durch Drohnen nicht ausschließlich auf hybride Bedrohungen beschränken: es sind auch terroristische oder anderweitig motivierte Anschlagsszenarien denkbar. In dem Moment des Erkennens der Bedrohung wird eine genaue Einordnung (hybride Bedrohung, Anschlagsszenario, anderweitig motivierte Straftat,...) und die damit verbundene Klärung der Zuständigkeitsfrage (Polizei oder Bundeswehr?) nicht möglich sein. Daher müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich die bestehenden Gefahren nicht durch ein Weiterreichen von Verantwortlichkeiten verwirklichen.

### **Unterstützer\*innen**

Sophie Fink (KV Mainz), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Mayen-Koblenz), Franz Botens (KV Mainz), Thomas Häcker (KV Neuwied), Tobias Grabowski (KV Mainz), Gordon Gniewosz (KV Mayen-Koblenz), Dominik Stöhr (KV Andernach), Susanne Sosa y Fink (KV Mainz), Benita Marker (KV Mayen-Koblenz), Caroline Blume (KV Mainz), Falk Wessel (KV Mainz)